



Landtag
Burgenland

STENOGRAPHISCHES PROTOKOLL

der
11. Sitzung

der
XXIII. Gesetzgebungsperiode

Freitag, 28.11.2025

10.02 Uhr – 10.42 Uhr

Tagesordnung

1. Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2026

Verhandlungen

Landesregierung

Budgetrede des Landesfinanzreferenten Mag. Hans Peter D o s k o z i l
(S. 1379)

Ing. Norbert H o f e r (S. 1385), Wolfgang S p i t z m ü l l e r (S. 1385),
Bernd S t r o b l (S. 1387), Christian R i e s (S. 1388), Dr. Roland F ü r s t
(S. 1389)

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 1379)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 02 Minuten

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich eröffne hiermit die 11. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 10. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung haben Herr Landesrat Dr. Leonhard Schneemann sowie Frau Landtagsabgeordnete Michaela Brandlhofer ganztägig entschuldigt.

Die Bekanntgabe des Einlaufes sowie die Zuweisung wird gem. § 56 Abs. 3a GeOLT mittels digitalem Versand und als Aushang zur Kenntnis gebracht. Ebenso erfolgt eine Veröffentlichung auf der Homepage des Burgenländischen Landtages.

Ich darf daher an dieser Stelle bezüglich der eingelangten Verhandlungsgegenstände und deren Zuweisung auf diese verteilte Mitteilung verweisen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich darf darauf hinweisen, dass für die heutige Sitzung ein Misstrauensantrag gem. Artikel 56 L-VG in Verbindung mit § 71 GeOLT der beiden Klubs FPÖ und ÖVP gegen Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gültig eingebracht wurde.

Weiters sind seitens der genannten Klubs in diesem Zusammenhang ein gültiger Antrag auf Abhaltung einer Debatte gem. § 71 Abs. 10 GeOLT in Verbindung mit § 58 Abs. 3 bis 5 GeOLT sowie ein gültiger Antrag auf Durchführung einer geheimen Abstimmung gem. § 73 Abs. 5 GeOLT in der Landtagsdirektion eingelangt.

Die genannten Anträge werden im Anschluss an die Tagesordnung behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gem. § 56 Abs. 5 GeOLT wurde die Tagesordnung für die heutige Sitzung fristgerecht versendet und ist unverändert geblieben.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? -

Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Erklärung des Herrn Landesfinanzreferenten, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2026

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Wir gehen daher in die Tagesordnung ein und kommen somit zum 1. und einzigen Punkt der Tagesordnung, dieser betrifft die Erklärung des Landesfinanzreferenten, Herrn Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil, zur Regierungsvorlage über den Landesvoranschlag für das Jahr 2026.

Gem. § 25 Abs. 4 GeOLT ist eine Debatte - sprich Wortmeldung von Abgeordneten - zu diesem Tagesordnungspunkt nicht zulässig.

Bitte Herr Landeshauptmann. Sie sind am Wort.

Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil (SPÖ): Sehr geehrte Präsidentin! Regierungskolleginnen und Regierungskollegen! Sehr geehrte Damen und Herren Abgeordnete! Ich darf Sie zunächst um Verständnis ersuchen, dass ich aufgrund meiner gesundheitlichen Situation, ich habe nach wie vor eine offene

Luftröhre, die Budgetrede vielleicht nicht so lange halten werde wie gewohnt, auf der einen Seite, und dass meine Stimme noch nicht so ist, wie ich mir das vorstelle.

Trotz alledem bin ich der festen Überzeugung, dass es wichtig ist, diese Budgetrede heute zu halten, weil wir in Zeiten wie diesen stabile Finanzen benötigen und auch einen klaren Weg vorzeichnen wollen, der uns die nächsten Jahre, bis 2028 jedenfalls, in stabiles Fahrwasser bringt.

Wir haben allgemein eine Situation, und das ist eine Situation, die nicht wir verursacht haben, wir haben eine Situation, die geschuldet der Corona-Situation, die Reaktion auf die Corona-Thematiken ist, die eine Budgetsituation bundesweit herbeigeführt hat, die wirklich misslich ist, eine Budgetsituation auf Bundesebene.

Parallel dazu finden heute die Gespräche zum Stabipakt statt, die es in dieser Art und Weise in den letzten 20, 30, 40 Jahren nicht gegeben hat.

Dass eine derartige Budgetsituation, eine derartige Finanzsituation der Republik natürlich auch auf den burgenländischen Haushalt Auswirkungen hat, liegt klar auf der Hand.

Die Systematik oder der Systematik ist ganz einfach geschuldet, dass nicht nur bei den Gemeinden, sondern auch bei den Ländern die Ertragsanteile sinken. Sie werden es in der Darstellung sehen.

Ich möchte beginnen mit dem Rechnungsabschluss 2024.

Sie haben zugeleitet bekommen den Rechnungsabschluss 2024. Sie haben zugeleitet bekommen den Nachtragsvoranschlag 2025 und Sie haben zugeleitet bekommen den Budgetvoranschlag 2026.

Wenn wir uns das Jahr 2024 anschauen, dann haben wir 2024 mit einem Defizit, also mit einem zusätzlichen Bedarf, der nicht budgetiert hat, von 200 Millionen Euro abgeschlossen.

Im Jahr 2024, im Jahr 2023 übrigens auch, auch 2022, haben wir diese notwendigen Überschüsse beziehungsweise notwendigen Bedürfnisse durch Zahlungsmittelreserven gedeckt.

Das bedeutet, wir mussten im Jahr 2024 kein zusätzliches Darlehen aufnehmen.

Der Darlehensstand 2024 beläuft sich nach wie vor auf dem Stand 437,5 Millionen Euro. Darlehensstand des Landes.

Das bedeutet, wir haben aber 80 Millionen Euro, und das ist eine stolze Summe, 80 Millionen Euro zusätzlich in die Spitäler investiert, unabhängig vom BURGEF, also unabhängig von der Fondsfinanzierung.

Wir haben im Verhältnis zum Jahr 2023 zusätzlich über 50 Millionen Euro in Soziales investiert.

Wir haben im Jahr 2024 zirka neun bis zehn Millionen in Hochwasserschutz investiert.

Wir haben zwei SWAPS zurückgekauft, ebenfalls zehn Millionen Euro.

Und wir haben 2024 über 30 Millionen Euro - ich glaube, es waren 35 bis 37 Millionen Euro - an die Gemeinden zusätzlich ausgeschüttet.

Zählt man diese Summen zusammen, dann kommen wir ungefähr auf diesen Betrag von 200 Millionen Euro, den wir aus Rücklagen bedeckt haben.

Die Rücklagenbedeckung war insofern auch notwendig und richtig, auch der Rechnungshof hat uns immer wieder darauf hingewiesen, Rücklagen abbauen, zu viele Rücklagen sind nicht dienlich.

Wir haben eine Situation, speziell in den Spitälern, und darauf möchte ich hinweisen, dass wir in der ganzen Diskussion um die Gastpatienten-Thematik, wenn man sich den ÖSG, den Österreichischen Strukturplan Spitäler, anschaut, dann basiert dieser Österreichische Strukturplan Spitäler auf sieben Millionen Einwohner.

Jeder weiß in Österreich, wie wir wachsen, jeder weiß in Österreich, wie viele Einwohner wir haben.

Das heißt, die Bundesfinanzierung der Spitäler, die Finanzierung der Spitäler über die Gebietskrankenkasse ist nicht mehr zeitgemäß.

Wir bekommen zwar die Fondsmittel, die zusätzlichen Bedürfnisse bei den Spitälern wird nicht abgedeckt.

Damit komme ich automatisch in den Nachtragsvoranschlag 2025. Wenn ich die Situation 2025 Revue passieren lasse, dann werden wir bei den Spitälern zusätzlich 140 Millionen Euro brauchen.

Das heißt, abgesehen von den Fondsmitteln, von den BURGEF-Mitteln, müssen wir 140 Millionen für den Betrieb, nicht für den Bau, für den Betrieb der Spitäler aufwenden, damit wir das, was wir bei den Spitälern wollen, nämlich quantitativ, qualitativ wachsen. Insbesondere nicht nur, weil wir das den Burgenländerinnen und Burgenländern schulden, sondern weil wir auch aus der Gastpatienten-Systematik ausbrechen müssen.

140 Millionen zusätzliche Schulden, das bedeutet in weiterer Folge 36 Millionen für die Gemeinden in diesem Jahr zusätzlich außerhalb der Bedarfszuweisungen. Das sind alles Sonderfördermittel für Projekte und Sonderfördermittel bei Bedarfszuweisungen, Landesmittel.

In weiterer Folge haben wir dieses Jahr die letzten drei SWAPS des Landes, des Landesbudgets zurückgeführt.

Es gibt im Landesbudget nur mehr einen SWAP. Der wurde bereits gekündigt. Dort sind wir im Rechtsstreit mit Heta. Sonst sind die SWAP-Thematiken erledigt.
(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)

Wir haben auch in diesem Jahr im Bereich des Sozialen Steigerungsraten von über 55 Millionen Euro. Auch das müssen wir zusätzlich bedecken.

Und, da ist die gleiche Situation wie Sie als Gemeinden betroffen sind teilweise, so ist auch das Land betroffen. Wir haben 90 Millionen weniger Einnahmen. Wenn man sich diese Beträge anschaut, 240 Millionen zirka Mehraufwendungen zum Budget, 90 Millionen Mindereinnahmen, so haben wir im Abschluss, im Nachtrag zu diesem Budget den Bedarf, dass wir zirka 222 Millionen zusätzlich Darlehen aufnehmen in diesem Jahr.

Das bedeutet im Ergebnis, wir werden dieses Jahr mit in etwa 660 Millionen Darlehensstand abschließen.

Das ist jetzt die Ausgangssituation. Das ist die Ausgangsbasis für das Budget 2026.

Dass es so in dieser Dynamik nicht weitergehen kann, ist jedem bewusst.

Dass wir nicht jedes Jahr zusätzlich im Budget 200 Millionen Minus machen können für den Betrieb, für die Spitäler, ist jedem bewusst.

Dass wir sparen, auch wir sparen müssen, muss jedem bewusst sein.

Dass wir aber eines nicht dürfen, wir dürfen nicht das Signal senden, dass wir in den wichtigen Lebensbereichen, das ist Gesundheit, das sind die Spitäler, dass wir dort einen Schritt zurückgehen. Wir gehen dort keinen Schritt zurück! Der Ausbau der Spitäler, qualitativ, quantitativ, mit den Abteilungen, mit dem Personalaufwuchs, wird weitergehen wie bisher. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Ich darf Ihnen diesbezüglich ein Beispiel aus Oberwart sagen. Es wurde derzeit ja schon letzte Woche kolportiert, es wird auch heiß diskutiert österreichweit, das ist die Implementierung einer Herzchirurgie in Oberwart.

Die Steiermark ist dagegen, ganz offen gesagt, Wien ist dagegen.

Ich bin mir nicht sicher, ob wir in der Bundeszielsteuerung diesen Beschluss durchbekommen im März.

Aber eines kann ich Ihnen sicher sagen, jetzt hier an dieser Stelle, mit 1. März beginnt die Herzchirurgie in Oberwart zu arbeiten.

Es gibt die Zielsteuerungsbeschlüsse auf Landesebene. Es gibt und wird diese Woche noch die Regierungsbeschlüsse, oder nächste Woche, und die korrespondierende Verordnung geben. Und damit ist die Herzchirurgie in Oberwart gesichert. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Auf der anderen Seite gibt es natürlich, und da gebe ich jedem, der das kritisch sieht, auch recht.

Wir müssen danach trachten, dass wir eine Schuldenbremse zustande bringen.

Das heißt, wir müssen dort sparen, wo vernünftig gespart werden muss.

Wir müssen dort investieren, wo vernünftigerweise investiert werden muss.

Daher haben wir uns entschlossen, und die Maßnahmen kennen Sie bereits seit gestern, dass wir den Darlehensbestand, den Wohnbauförderungsdarlehensbestand des Burgenlandes veräußern werden.

Wir werden ihn aber so veräußern, nicht wie andere Bundesländer, dass wir sofort an einen Investor herantreten, Bank oder Versicherungen, sondern wir werden die Burgenländer, die Darlehensnehmer ansprechen und ihnen einen begünstigten Rückkauf ihrer Darlehen ermöglichen und anbieten.

Das ist aus meiner Sicht ganz wichtig, damit die burgenländische Bevölkerung aus dieser Situation heraus profitieren kann. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Aus dieser Maßnahme und aus einer zweiten Maßnahme, dass wir aus dem ATHENA-Fonds Teile, nicht den kompletten ATHENA-Fonds, aber Teile des ATHENA-Fonds, auch hier Beteiligungen abgeben, wollen wir 750 Millionen Euro lukrieren, die nächstes Jahr budgetwirksam werden.

Damit man aber eine klare Linie zieht, damit auch klar ist, dass wir diese 750 Millionen Euro nicht irgendwie einsetzen, committen wir uns zu Folgendem:

400 Millionen Euro dieser 750 Millionen geht in die Spitalsbetriebsstruktur.

Das bedeutet, dass für die Jahre 2026, 2027 außer dem BURGEF kein Zuschuss an die Spitäler bezahlt werden muss - 200 Millionen Euro davon wollen wir verwenden -, dass Darlehen, die beim Land derzeit vorhanden sind, Darlehen, die möglicherweise einen schlechten Zinssatz aufweisen oder keinen guten Zinssatz aufweisen, sofort zurückgeführt werden und damit Schulden auch getilgt werden im Ausmaß von 200 Millionen Euro. Diese Schuldentilgung nächstes Jahr bedeutet, dass wir uns ständig einen Zinsvorteil von zehn Millionen Euro erwirtschaften.

Und zum Dritten haben wir noch Infrastrukturprojekte, die realisiert werden müssen. Ich denke da an die Kultur, ich denke an den Sport. Hier wollen wir 100 Millionen Euro zur Anschaffungsfinanzierung zur Verfügung stellen. Zum Dritten, und das ist auch ein ganz ein wichtiger Aspekt, 50 Millionen Euro gehen in Renaturierung und Hochwasserschutz. Das ist einmal das Paket und die Verwendungszusage dieser 750 Millionen Euro. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Ich möchte es aber nicht so handhaben wie in der Vergangenheit, dass wir jedes Jahr über irgendwelche Budget-Eskapaden oder über alle möglichen Geschichten, die da erzählt werden, diskutieren.

Ich möchte auch, was den Budgetpfad betrifft, eine Verlässlichkeit signalisieren. Und diese Verlässlichkeit wird das Burgenländische Stabilitätsgesetz sein. Das bedeutet, die Landesregierung, beschlossen durch den Landtag, wird sich committen, dass wir eine Schuldenbremse einlegen, wird sich committen, dass bis 2028 ein gewisser Schuldenstand nicht überschritten werden darf, ausgenommen Spitäler. Das ist die einzige Ausnahme.

Wenn man sich die Zahlenarithmetik anschaut, dann schließen wir auch heuer mit 660 Millionen Minus ab. Wenn wir im nächsten Jahr die 200 Millionen Euro zurückführen Darlehensstand, dann bedeutet das, 460 Millionen Euro Schuldenstand.

Wenn ich jetzt schon das Budget für nächstes Jahr mit in die Betrachtung ziehe, dann bedeutet das, dass wir nächstes Jahr, ausgenommen die Spitäler, einen Abgang von 100 Millionen Euro verzeichnen werden.

Das heißt, nächstes Jahr, jetzt prognostiziert, würde der Schuldenstand am Ende des Jahres 560 Millionen Euro betragen. Wir wollen uns aber dazu committen, dass der Schuldenstand des Landes bis zum Jahre 2028 nicht höher sein darf als 600 Millionen Euro.

Ausgenommen, und das sage ich ganz bewusst, sind die Spitäler. Die Spitäler werden aber im Jahr 2027 keinen Bedarf haben und sie werden im Jahr 2026 keinen Bedarf haben, weil wir 400 Millionen Euro zur Verfügung stellen.

Die Spitäler werden aber im Jahr 2028 einmalig diesen Bedarf von zusätzlich geschätzten 200 Millionen Euro haben. Und das ist der Budgetpfad bis 2028. Dieser Budgetpfad bis 2028 bedeutet Verlässlichkeit im öffentlichen Haushalt, Obergrenze von 600 Millionen Euro. Dieser Budgetpfad bedeutet, dort zu investieren, wo wir davon überzeugt sind, dass es notwendig ist, nämlich in der Gesundheit, nämlich bei den Spitalern, nämlich in den Abteilungen, bei den Ärzten, beim Personal. Diese Investitionen werden fortgeführt.

Dieser Budgetpfad bedeutet aber auch, dort zu sparen, wo wir glauben, dass dort gespart werden muss, beziehungsweise gespart werden kann. Ein ganz klares Signal ist, dass wir einen Darlehensstand reduzieren. Dass wir nächstes Jahr 200 Millionen Euro aus dem Darlehensbestand rausnehmen und einfach vorzeitig tilgen.

Eine vorzeitige Tilgung in Zeiten wie diesen schafft kein einziges Bundesland. Auch jene Bundesländer nicht, die die Wohnbauförderungsdarlehen verkaufen. Blick nach Niederösterreich.

Das bedeutet für mich im Ergebnis, wir werden ein Budget vorlegen oder haben ein Budget vorgelegt, wir werden ein Stabilisierungsgesetz vorlegen, werden das im Dezember dem Landtag zur Verfügung stellen und einlaufen lassen, das aus meiner Sicht zukunftsorientiert Budgetpolitik betreibt, das Budgetsicherheit signalisiert, das Verlässlichkeit signalisiert der burgenländischen Bevölkerung gegenüber und dass diese Stabilität garantiert ist, die wir benötigen, um unseren Haushalt sicher zu führen, die wir benötigen, um die Spitäler sicher zu führen, die wir benötigen, um die Versorgung der Bevölkerung sicherzustellen und die wir benötigen, als verlässlicher Partner für die burgenländische Bevölkerung.

Meine Damen und Herren Abgeordneten! Ich darf Sie ersuchen, wie jedes Jahr, obwohl mir die Situation voll bewusst ist, obwohl mir bewusst ist, dass Sie polemisieren, speziell die Opposition, dass Sie das Burgenland schlechtreden, dass Sie die Budgetzahlen schlechtreden, dass Sie die Holding schlechtreden, dass Sie die Betriebe schlechtreden, damit indirekt auch die Mitarbeiter schlechtreden.

Diskutieren Sie einmal ernsthaft über dieses Budget. Schauen wir einmal, ob Sie es schaffen, nur einmal nicht zu polemisieren, sondern ernsthaft über dieses Budget zu diskutieren.

Abschließend darf ich mich bei meinen Mitarbeitern, bei den Mitarbeitern der Finanzabteilung recht herzlich bedanken. Es war dieses Jahr sehr ambitioniert. Es war dieses Jahr eine andere Art, Budget zu erstellen. Es wird eine Riesenherausforderung, dieses Budget auch umzusetzen, die Sparziele auch einzuhalten. Aber wir werden es gemeinsam mit der burgenländischen Bevölkerung schaffen.

In diesem Sinne herzlichen Dank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Misstrauensantrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Ing. Norbert Hofer, MBA, Klubobmann Bernd Strobl, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung des Beschlusses, Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil das Misstrauen auszusprechen und ihn als Mitglied der Landesregierung abuberufen

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Vielen Dank Herr Landeshauptmann. Die Tagesordnung ist damit erschöpft, wir kommen nun zur Debatte und in weiterer Folge zur Abstimmung des Misstrauensantrages.

Ich weise darauf hin, dass gemäß § 58 Abs. 3 GeOLT als erste Wortmeldung jene des Antragstellers vorgesehen ist. Weiters kann von jedem Klub ein Redner gemeldet werden. Die Redezeit des Antragstellers und des jeweiligen Klubredners ist mit je drei Minuten begrenzt.

Zu Wort gemeldet ist Klubobmann Ing. Norbert Hofer. Drei Minuten Redezeit als Antragsteller.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Ing. Norbert Hofer (FPÖ): Besten Dank Frau Präsidentin. Meine geschätzten Damen und Herren auf der Regierungsbank! Hohes Haus! Schlechtreden, das war das Letzte was ich jetzt gehört habe. Es hätte mich gewundert, wenn dieses Wort nicht gekommen wäre, Herr Landeshauptmann.

Aber niemand betreibt das so intensiv wie Sie. Schuld ist natürlich der Bund. Schlecht sind natürlich alle anderen Bundesländer. Sie haben die Frau Dr. Rendi-Wagner so lange schlechtgeredet, bis sie dann gegangen ist. Und jetzt haben wir den Herrn Babler. Also niemand ist im Schlechtreden so sehr geübt wie Sie, Herr Landeshauptmann.

Sie haben selbst heute gesagt, Sie wollen nicht erleben, dass wir jedes Jahr so Budget-Eskapaden haben wie heute. Ja. Es ist eine Eskapade. Und es ist ein Hochrisikospiele, das Sie hier betreiben. Warum? Man muss Risiken gemeinsam betrachten. Wir haben die ausgelagerten Schulden in den GmbHs. Ein Großteil der Schulden, mehr als drei Viertel in den GmbHs.

Wir haben die Gemeinden, denen Sie nichts mehr wegnehmen können, denen haben Sie schon alles weggenommen, die Gebührenerhöhungen treffen dann die ganz normalen Bürger und wir haben die endfälligen Kredite. Im Jahr 2036 alleine werden 250 Millionen Euro auf einmal schlagend. Und anstatt Rücklagen aufzubauen, um das abzubezahlen, schmelzen Sie das Vermögen des Landes ab.

Das zeigt auch der Bericht des Rechnungshofes. Wir haben 2025 statt 50 Millionen Euro Defizit 223 Millionen Euro Defizit gemacht. Das ist unfassbar, dass so etwas überhaupt passiert! Und jetzt sagen Sie uns noch, im Jahr 2028 ist alles gut. Da haben wir so viele Schulden wie heute, ausgenommen die Spitäler.

Ausgenommen die Spitäler, und dass, obwohl Sie, obwohl Sie die Wohnbauförderung im Wert von einer Milliarde Euro um 700 Millionen Euro verkaufen, werden wir im Jahr 2028 so viele Schulden haben wie heute. Sie haben dieses Land abgeräumt. Das Vermögen ist weg. Die Schulden sind da. Es ist eine „Loch-auf-Loch-zu-Politik“, die mir größte, allergrößte Sorgen macht. Die Rechnung zahlen die nächsten Generationen, die Probleme hat der nächste Landeshauptmann oder die nächste Landeshauptfrau.

Das ist overconfidence, Herr Landeshauptmann, wie es auch in vielen Bereichen der Wirtschaft oft passiert ist. Die Folgen sind bekannt. Sie erinnern mich in Ihrer Politik an Charles Ponzi, an ein Pyramidenspiel, und wir wissen auch wie diese Politik ausgegangen ist.

Der Misstrauensantrag, Herr Landeshauptmann, der richtet sich an Sie als Landeshauptmann und als Finanzreferent.

Persönlich wünsche ich Ihnen viel Gesundheit und dass Sie bald wieder auf den Beinen sind. Besten Dank. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Klubobmann Wolfgang Spitzmüller das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE): Danke Frau Präsidentin. Geschätzter Landeshauptmann! Liebe Regierungsmitglieder! Liebe Abgeordnete! Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer! Selbstverständlich ist der Misstrauensantrag ein legitimes Mittel der Opposition. No na ned.

Die Frage ist nur, wann wurde der schon angekündigt? Weit bevor das, was jetzt präsentiert wurde, schon öffentlich bekannt war. Aus meiner Sicht ist auch die Frage, ob diese Mittel den Zweck heiligen. Denn, die budgetäre Situation, der Herr Landeshauptmann hat das ja gesagt, ist ja nirgends anders.

Wir haben im Burgenland die gleichen und sehr ähnliche Probleme, wie es der Staat Österreich hat, wie es alle Bundesländer haben, wie es die Gemeinden haben, wie es viele Staaten in Europa haben. Wir haben einfach eine schwierige Situation.

Aber, und ich muss leider auch dieses Wort verwenden, „schlechtreden“, oder nicht leider, es ist ja ganz klar, das läuft ja seit Wochen, seit Monaten. Ich finde das auch unfair gegenüber der Bevölkerung. Weil, das Burgenland steht eigentlich wirklich gut da. (*Abg. Wiesler: Super ist alles!*) Den Menschen geht es weitgehendst gut im Burgenland. (*Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ*)

Sie verunsichern die Burgenländer und die Burgenländerinnen. Und, ich habe es schon angekündigt, angegeben, es sind schwere Zeiten. Wir haben die Klimakrise. Bei der Pflege brauchen wir mehr Geld, in der Gesundheitsversorgung, in der Fortbildung, in den Schulen, in den Kindergärten. Aber genau da investieren wir. Und deswegen brauchen wir Geld.

Natürlich kostet das mehr. Keine Frage. Wir investieren in die Zukunft des Burgenlandes. Wenn man sich die Fachleute anschaut, wir haben vor kurzem einen Vortrag gehabt von der Frau Dr. Mitterer, vom KDZ, das Zentrum für Verhaltensforschung, nein, Verwaltungsforschung, (*Abg. Markus Ulram: Stimmt schon!*) die ganz klar sagt, wenn wir heute die gleichen Leistungen erbringen wollen die wir vor Jahren erbracht haben, dann brauchen wir viel mehr Geld, weil alles teurer geworden ist.

Wir wollen aber im Burgenland eben nicht die gleichen Leistungen erbringen, sondern wir wollen mehr Leistungen erbringen. Dafür braucht es mehr Investitionen für die Zukunft, ganz klar, um das zu meistern, was wir vorhaben.

Klar ist, wir brauchen mehr Geld, weil wir mehr Aufgaben bewältigen müssen, höhere Herausforderungen haben und Klimaschutz auch vorantreiben wollen.

Was wir dringend brauchen sind mutige Reformen, einen neuen Finanzausgleich, eine höhere Gewerbesteuer, Grundsteuer, Entschuldigung, steht falsch da, falsch geschrieben, Grundsteuer.

Generell eine Strukturreform, fossile Energieträger gehören stärker besteuert und, so wie wir es im Burgenland machen, in erneuerbare Energieträger gehört intensiv investiert.

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Schlusssatz, Herr Klubobmann!

Abgeordneter Wolfgang Spitzmüller (GRÜNE) (*fortsetzend*): Und, was auch klar ist, sparen auf dem Rücken anderer, wie es in der Steiermark, wie es in Salzburg passiert, der sozial Schwachen, das darf es nicht geben. In Salzburg gehen die Leute schon auf die Straße. Danke. (*Beifall bei den GRÜNEN und der SPÖ*)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Danke Herr Klubobmann. Die Redezeit von drei Minuten ist abgelaufen.

Als Nächstes darf ich Herrn Klubobmann Bernd Strobl das Wort erteilen.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Bernd Strobl (ÖVP): Danke Frau Präsidentin. Herr Landeshauptmann! Werte Mitglieder der Landesregierung! Geschätzte Kolleginnen und Kollegen! Werte Zuhörerinnen und Zuhörer! Heute ist ein besonderer Tag für das Burgenland, aber nicht nur ein besonderer, sondern aber auch ein schwerer Tag.

Denn heute haben wir einen Misstrauensantrag gegen Landeshauptmann Hans Peter Doskozil eingebracht.

Ich sage es ganz bewusst klar und deutlich, es ist genug, Herr Landeshauptmann, ich glaube, es ist vorbei.

Die Politik, die in den vergangenen Jahren in diesem Land betrieben wurde, um ein Traumland aufzubauen war großwahnsinnig, sie war maßlos und vor allem verantwortungslos.

Und sie hat einen massiven Preis. Einen Preis, den wir alle erst in ihrem wahren Ausmaß in einigen Jahren erkennen werden.

Einen Preis, den unsere Kinder, unsere Enkelkinder, noch teuer bezahlen werden.

Das Burgenland ist so hoch verschuldet wie noch nie zuvor. Die Schulden stiegen jedes Jahr in neue Rekordhöhen, während gleichzeitig das letzte verbliebene Vermögen des Landes nun verscherbelt wird.

Rücklagenreserven, Konten geplündert, Landesvermögen verkauft, und jetzt sogar noch die Verscherbelung der Wohnbaudarlehen, um das eigene Budgetloch zu stopfen.

Das Vermögen der vergangenen Jahrzehnte wurde zerstört. Die Schulden der kommenden Jahre und Jahrzehnte aufgebaut. Das ist die Bilanz von Landeshauptmann Hans Peter Doskozil.

Wir können und wir dürfen nicht länger zuschauen, wie unser geliebtes Heimatbundesland in eine finanzielle Katastrophe gesteuert wird.

Wir wollen eine lebendige, eine offene und eine starke Arbeit für das Burgenland.

Doch wenn dieser Kurs so weitergeht, dann verlieren wir alles. Wir verlieren unsere wirtschaftliche Stabilität und unsere Handlungsfähigkeit. Und am Ende verlieren wir vielleicht sogar noch unser Ansehen.

Wenn die Schulden weiter explodieren, können wir uns in wenigen Jahren gar nichts mehr leisten. Keinen Ausbau, keine Unterstützung, keine Zukunftsprojekte. Nur mehr Rückzahlungen, Zinsen und Stillstand.

Wer den Gemeinden systematisch und ungeniert das Geld aus den Taschen zieht und sie danach vollkommen im Stich lässt und in oberlehrerhafter Manier ausrichten lässt, an der Sparpolitik des Landes sich ein Beispiel zu nehmen, der hat jegliches Vertrauen verspielt.

Ich sage es daher nochmals in aller Klarheit, es ist vorbei.

Dieser Kurs muss enden, sonst droht unserem Land eine Katastrophe, deren Ausmaß wir heute nur erahnen können.

Ich appelliere daher an jeden einzelnen Abgeordneten in diesem Raum. Stellen Sie sich die Frage: Wollen Sie wirklich, dass diese Bevormundung, dieses Machtgehabe und diese finanzielle Zerstörung weitergehen?

Wir alle tragen Verantwortung für unser Land, für die nächste Generation. Und heute ist jener Tag, an dem wir zeigen müssen, dass wir dieser Verantwortung gerecht werden können.

Lassen Sie uns deshalb gemeinsam das Richtige tun, denn heute kann der Start für ein neues Burgenland von uns genutzt werden.

Wir brauchen diesen Neustart, bevor es zu spät ist. Danke. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist Abgeordneter Christian Ries.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Ries (FPÖ): Danke Frau Präsidentin. Hohes Haus! Werter Herr Landeshauptmann! Als langjähriges Mitglied einer gesetzgebenden Körperschaft weiß ich, dass man mit Misstrauensanträgen sparsam umgehen muss.

Und der ist dann gerechtfertigt, wenn das Vertrauen der Körperschaft in das ausführende Organ nicht mehr gegeben ist.

Genau diese Situation liegt für uns jetzt vor. Wir als Opposition haben zur Kontrolle geringe Mittel. Das eine sind mündliche und schriftliche Anfragen. Und diese mündlichen und schriftlichen Anfragen, Herr Landeshauptmann, beantworten Sie fragmentarisch, ausweichend oder gar nicht.

Sie tun eigentlich nur das, was Ihnen in den Sinn kommt. Und auch für die eigenen Kollegen sind Sie mittlerweile schwer auszurechnen.

Als Beispiel, wir haben Ihnen im Oktober 17 konkrete Fragen gestellt. 17 Fragen. Von diesen 17 Fragen zum laufenden Budget und zum Abschluss, zum Rechnungsabschluss, haben Sie zwei teilweise beantwortet und 15 gar nicht.

Stattdessen haben Sie ein Ablenkungsmanöver gestartet und eine Suada gegen unseren Klubobmann gestartet, wo Sie ihm ausgerichtet haben, ob er überhaupt seine Kompetenzen kennt.

Aber diese Frage hätten Sie sich eigentlich selber stellen müssen. Denn, haben Sie dem Landtag im November den gebührenden Respekt erwiesen? Als Sie trotz Möglichkeit einer Vertretung bei einer Befragung im Landtag diese Vertretung verhindert haben.

Haben Sie der Geschäftsordnung Genüge getan beim Rechnungshofausschuss, als Sie geladen waren und sich aus gesundheitlichen Gründen entschuldigen ließen, aber gleichzeitig das Budget im SPÖ-Klub referiert haben?

Und gestern haben Sie zu einer großen Pressekonferenz geladen, wo Sie der Presse das mitgeteilt haben, was Sie dem Landtag bisher verschwiegen haben.

Auch Ihre Ignoranz gegenüber anderen Meinungen ist sagenhaft.

Die führenden Herzchirurgen sagen, dass eine Herzchirurgie-Station in Oberwart wahrscheinlich kontraproduktiv ist. Das wischen Sie einfach so vom Tisch.

Der Landes-Rechnungshof teilt Ihre Geschichte vom erfolgreichen Konzern Burgenland nicht. Dem werfen Sie dann vor, dass er parteipolitisch agiert.

Und, wie gesagt, der Landtag ist Ihnen völlig egal.

Werte Damen und Herren! Demokratie funktioniert nur dann, wenn jeder, jede Gewalt im Staate die Rolle, die ihm vom Gesetz her zugeordnet ist, einnimmt. Der Landtag beschließt und kontrolliert. Die Landesregierung führt aus und ist dem Landtag Rechenschaft schuldig.

Im Februar dieses Jahres wurden Sie zum Landeshauptmann gewählt. Aber Sie leben es persönlich aus, als wären wir im Römischen Reich und Sie wären Diktator auf Zeit gewesen.

Deshalb müssen wir heute die Reißleine ziehen. Nicht aus parteipolitischem Kalkül, sondern für das Land.

Ich fordere alle Abgeordneten auf, sich diesem Antrag anzuschließen im Sinne von Transparenz, im Sinne von Kontrolle und im Sinne von Demokratie. Danke.
(Beifall bei der FPÖ)

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Herr Abgeordneter, „Diktator“ ist kein Wort, das in diesem Hohen Haus etwas verloren hat. Ich erteile Ihnen deshalb einen Ordnungsruf.

Als letztem Redner erteile ich jetzt Herrn Klubobmann Dr. Roland Fürst das Wort.

Bitte Herr Klubobmann.

Abgeordneter Mag. Dr. Roland Fürst (SPÖ): Danke Frau Präsidentin. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Liebe Landesregierung! Werte Zuseherinnen und Zuseher! Werte Kollegen! Der Misstrauensantrag ist die schärfste parlamentarische Waffe, die eine Opposition hat. Wobei dieser Misstrauensantrag politisch zwar sehr laut ist, hier eine Bühne gibt, jenen, die sonst wenig unterkommen, für eine Politikshow geeignet ist, billige Schlagzeilen erzeugt, aber inhaltlich sehr leise und substanzlos ist. (Abg. Christian Ries: *Nicht polemisch ist gesagt worden.*)

Dieser Misstrauensantrag sagt mehr über jene aus, die ihn gestellt haben, als jene, sozusagen, die die Adressaten sind.

Das ist ein Zeichen von Schwäche, Hilflosigkeit und Verzweiflung einer Fundamentalopposition, die ÖVP und FPÖ gleichrangig ziehen, weil sich leider hier die destruktiven Kräfte von Anfang an durchgesetzt haben.

Gegen jegliche Gepflogenheit und gute burgenländische Tradition habt ja Ihr, beide Gruppen, dem Herrn Landeshauptmann und der Landesregierung gar nicht das Vertrauen ausgesprochen. Ich wüsste jetzt gar nicht, was Ihr da entziehen wollt.

Das Vertrauen war ja von Anfang an nicht gegeben.

Ich frage mich auch, wie das gehen kann, wenn man jemand ein Misstrauen sozusagen ausspricht, wo man vorher gar kein Vertrauen ausgesprochen hat?

Das ist aber gar nicht nötig, liebe Kollegen von der ÖVP und von der FPÖ, auf dieses Vertrauen angewiesen zu sein, weil vor knapp einem Jahr ist diese Landesregierung, der Herr Landeshauptmann, mit überwältigender Mehrheit auch gewählt worden. Das Vertrauen der Burgenländerinnen und Burgenländer hat er bekommen. 70 Prozent würden ihn in einer Direktwahl wählen. Er gehört zu den beliebtesten Politikern österreichweit, zu den beliebtesten Landeshauptmännern.

Und insofern werden wir es verschmerzen, wenn jetzt acht FPÖ-Abgeordnete und sieben ÖVP-Abgeordnete diesen Misstrauensantrag auch stellen und wahrscheinlich auch zustimmen werden.

Gestern hat der Herr Landeshauptmann und heute das Budget präsentiert. Ein sehr kluges, nachhaltiges Budget, das Stabilität gibt bis 2028, das dort einspart, wo es notwendig oder möglich ist, und dort investiert, wo es im Interesse der burgenländischen Bevölkerung auch wichtig ist.

Das ist die Gesundheit. Der Herr Landeshauptmann hat es ausgeführt. Wir bauen die Gesundheit weiter aus für die Bevölkerung, für die Menschen im Burgenland und auch die Pflege.

Das sind genau jene Punkte, die dort, wo es möglich ist, wo Ihr regiert, nämlich ÖVP und FPÖ, wo Ihr einspart. Wo Ihr zu Ungunsten der Bevölkerung massive Einsparungen macht. Jetzt, siehe in Salzburg, wo täglich tausende Menschen auf die Straße gehen.

Und insofern, liebe ÖVP, FPÖ, ist es sehr gut, dass Ihr im Burgenland, im Interesse des Landes dort sitzt, wo Ihr sitzt, nämlich auf der Oppositionsbank und nicht hier auf der Regierungsbank. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Wir investieren in Gesundheit. Im Gegensatz zu Salzburg. Und richtet Eurer blauen Landeshauptfrau-Stellvertreterin aus, sie soll sich um Salzburg kümmern. Da hat sie genug Probleme. Und sie braucht nicht von Salzburg aus uns Tipps geben, wie wir das im Burgenland machen. *(Abg. Christian Ries: Ihr macht das ja auch die ganze Zeit.)*

Daher wird dieser Misstrauensantrag grandios scheitern, wie Eure bisherige Politik bis jetzt grandios gescheitert ist.

Aber ich habe gute Hoffnung, dass sich auch in der ÖVP, einer ist ja schon hinausgegangen, und bei der FPÖ die konstruktiven Kräfte zusammensetzen.

Weil Vertrauen ist, wo man Türen aufmacht, im guten alten burgenländischen Stil und nicht, wo man Türen schließt. Misstrauen schließt Türen. Manchmal für immer. *(Beifall bei der SPÖ und den GRÜNEN)*

Präsidentin Mag.a Astrid Eisenkopf: Danke Herr Klubobmann.

Meine Damen und Herren! Zum Misstrauensantrag liegt ein Antrag gem. § 73 Abs. 5 GeOLT auf geheime Abstimmung vor.

Ich lasse nunmehr vorerst über diesen Antrag, nämlich den Antrag auf Durchführung einer geheimen Abstimmung abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Abgeordneten, die diesem Antrag auf geheime Abstimmung zustimmen wollen, sich von ihren Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Antrag auf Durchführung einer geheimen Abstimmung ist somit mehrheitlich abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Gem. Artikel 56 Abs. 4 der Landesverfassung kann ein Beschluss, mit dem ein Mitglied der Landesregierung abberufen wird, nur bei Anwesenheit von mindestens der Hälfte der Mitglieder des Landtages und mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst werden.

Das Anwesenheitsquorum ist gegeben.

Ich ersuche nunmehr jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die dem Antrag der Landtagsabgeordneten Klubobmann Ing. Norbert Hofer und Klubobmann Bernd Strobl, Kolleginnen und Kollegen, dem Landeshauptmann Mag. Hans Peter Doskozil gem. Artikel 56 Absatz 2 bis 4 der Burgenländischen Landesverfassung das Misstrauen auszusprechen, zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Das ist die Minderheit. Der Antrag hat somit nicht die erforderliche Mehrheit erreicht, sodass der Misstrauensantrag abgelehnt ist.

Meine Damen und Herren! Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben. Ich möchte allerdings anmerken, dass die nächste Sitzung des Landtages, der Budgetlandtag, für 10. Dezember 2025 vorgesehen ist.

Meine Damen und Herren! Die für heute vorgesehene Präsidialkonferenz findet im Anschluss in meinem Büro statt.

Ich erkläre damit die heutige Sitzung für **g e s c h l o s s e n**.

Schluss der Sitzung: 10 Uhr 42 Minuten